



Montag, 27. September 1976

Blatt 2171

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:  
(rosa)      Angelegenheiten der mittelbaren Bundesverwaltung:  
              Wiener Landesregierungs-Mitglieder in Namen des  
              Landeshauptmannes  
              Pressegespräch des Bürgermeisters  
              Wiener Landtag  
              Wiener Gemeinderat

Lokal:  
(orange)      "Zimmer Kuchl Kabinett" im Amtshaus Hernals  
              85.000 Besucher beim Ottakringer Kirtag

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.  
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

\*\*\*\*\*

angelegenheiten der mittelbaren bundesverwaltung:

wiener landesregierungs-mitglieder im namen des landeshauptmannes

3 wien, 27.9. (rk) die wiener landesregierung beschloss montag mit den stimmen der spoe eine regelung zur fuehrung von angelegenheiten der mittelbaren bundesverwaltung durch mitglieder der landesregierung. jeder amtsfuehrende stadtrat fuehrt als mitglied der landesregierung - so heisst es in dem beschluss - im namen des landeshauptmannes jene angelegenheiten der mittelbaren bundesverwaltung, die nach massgabe der geschaeftseinteilung den abteilungen seiner geschaeftsgruppe als amt der landesregierung zugewiesen sind. in diesem zusammenhang wurde in einer anschliessenden sitzung des wiener stadtsenates auch die geschaeftsordnung fuer den magistrat der stadt wien mit den stimmen der spoe geaendert. die oevp hatte gegen beide beschluesse verfassungsrechtliche bedenken vorgebracht. (pr)

1054

L o k a l :

=====

"zimmer kuchl kabinet" im amtshaus hernalts

1 wien, 27.9. (rk) am 30. september 1976, 18 uhr, stellt die bekannte autorin trude m a r z i k ("auf d'welt bin i kommen im siebzehnten hieb, bin in hernalts geborn") im festsaal des magistratischen bezirksamtes, 17, elterleinplatz 14, ihr neues buch "zimmer kuchl kabinet" (leben in wien) vor. selbstverstaendlich enthaelt auch dieser neue marzik-band viel nostalgisches aus dem "siebzehnten hieb", denn die waschechte hernalserin kann eben ihre engste heimat niemals vergessen. das zeigen ja auch die anderen buecher trude marziks: "aus der kuchlkredenz", "a bissl schwarz a bissl weiss", "parallelgedichte", "wunschbuechl".

die literarische veranstaltung im festsaal des amthaus, zu der bezirksvorsteher josef v e l e t a nicht nur die hernalserinnen und hernalser herzlichst einlaedt, wird vom "klassischen wiener schrammelquartett" musikalisch umrahmt. (am)

1006

Kommunal:Wiener Landtag  
=====

Wien, 27.9. (RK) Unter dem Vorsitz seiner Präsidentin Maria Hlawka trat der Wiener Landtag Montag zu seiner 27. Sitzung zusammen.

Es lagen zwei Anfragen der FPÖ vor.

Als neue Mitglieder des Bundesrates wurden Johann Schmölz, Inge Smejkal und Adolf Czettel, als Ersatzmitglieder Ing. Fritz Hofmann, Eduard Popp, Emil Fucik, Dipl.-Vw. Karoline Pluskal und Herbert Mayr gewählt.

Novelle zum Behindertengesetz

Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher berichtete über die 3. Novelle zum Wiener Behindertengesetz. Die Einführung mehrstufiger Pflegegelder soll zur Vermeidung sozialer Härten beitragen. Künftig wird auch für Behinderte, die nicht der ununterbrochenen und nachhaltenden Pflege, wohl aber ständiger Hilfe bedürfen, Pflegegeld gewährt. Die Höhe des Pflegegeldes dieser Stufe I beträgt tausend Schilling. Insgesamt ergibt sich ein jährlicher Mehraufwand von 8,4 Millionen Schilling.

Abg. Dr. Maria Flemming (ÖVP) stellte fest, daß die vorliegende Novelle mit der Einführung des zweistufigen Pflegegeldes die Erfüllung einer wichtigen Forderung bringe. Behinderten, die nur eine lebenswichtige Verrichtung nicht selbst besorgen können, werde das Pflegegeld jedoch nicht gewährt. Dr. Fleming kritisierte, daß in Wien das Pflegegeld für Schwerstbehinderte niedriger als in anderen Bundesländern sei.

Abg. Windhab (SPÖ) erklärte, es sei eine höchst theoretische Annahme, daß ein Behinderter nur eine Tätigkeit nicht verrichten könne und deshalb aus den Bestimmungen über die Gewährung von Pflegegeldern herausfalle. Die Zahl der Pflegegeldbezieher habe sich seit der letzten Novelle zum Behindertengesetz im Jänner 1975 vervierfacht. Eine wichtige Maßnahme sei auch die Einführung der erhöhten Familienbeihilfe für Familien mit Behinderten. Unter der SPÖ-Regierung wurde

für behinderte Kinder eine dreifache Kinderbeihilfe geschaffen. Bei der Beurteilung der Höhe des Pflegegeldes müsse man auch die anderen Sozialleistungen sehen. Ein 19jähriger Behinderter erhalte in Wien aus der Sozialhilfe, der Familienbeihilfe und dem Pflegegeld einen Betrag von insgesamt 4.836 Schilling, mehr als in irgendeinem anderen Bundesland.

Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher stellte im Schlußwort fest, daß die Altersgrenze für den Bezug von Pflegegeld in allen anderen Bundesländern mit Ausnahme Vorarlbergs höher sei als in Wien. Die Gesetzesvorlage wurde in 1. und 2. Lesung einstimmig angenommen. (ger)

#### Novelle zum Blindenbeihilfengesetz

Das Alter, mit dem man in Wien eine Blindenbeihilfe beziehen kann, wird durch eine Novelle des Blindenbeihilfengesetzes von 18 auf 15 Jahre herabgesetzt, referierte Stadtrat Univ.Prof. Dr. Alois Stacher (SPÖ). Landtagsabgeordneter Krenn (FPÖ) fragte, ob die Beihilfen wie in den letzten Jahren auch im Jänner des nächsten Jahres erhöht werden und in welchem Ausmaß das geschehen werde. LAbg. Gertrude Härtel (ÖVP) regte an, die Altersgrenze für die Blindenbeihilfe überhaupt fallenzulassen. LAbg. Eveline Andrlik (SPÖ) erinnerte, daß für die Altersgrenze ein einheitliches Vorgehen der Bundesländer wünschenswert wäre. Nach Vorarlberg und Kärnten ist Wien nun das dritte Land, das eine Altersgrenze von 15 Jahren vorsieht. In anderen Bundesländern sind es noch 18 Jahre. (sei)

#### Novelle zur Wiener Stadtverfassung

Über die Vorlage eines Gesetzes, mit dem die Verfassung der Bundeshauptstadt Wien geändert wird, referierte Amtsführender Stadtrat Kurt Heller (SPÖ). Die Novelle bezweckt die Angleichung und Anpassung an die Bundes-Verfassungsgesetznovelle von 1974. Mit der Novelle wird die Wiener Stadtverfassung in den Bestimmungen über den Instanzenzug in der mittelbaren Bundesverwaltung in eine Bezirks- und in eine Landesinstanz aufgegliedert.

Ein weiterer bedeutsamer Punkt der Novellierung stellt die Erweiterung des Rechtsinstitutes, der sogenannten öffentlich-rechtlichen Ländervereinbarung durch Art. 15 a der Bundes-Verfassungsgesetznovelle 1974 dar. An diesem föderalistischen Kooperations-

instrument wird nunmehr auch der Bund teilnehmen können. Vom Standpunkt der Wiener Stadtverfassung erfordert diese Situation eine Klarstellung der jeweiligen Aufgaben des Landtages, der Landesregierung und des Landeshauptmannes bei Abschluß solcher Vereinbarungen.

Eine besonders wesentliche Neuerung bringt der § 131 a: Dieser Paragraph eröffnet einem Drittel der Mitglieder eines Landestages das Recht, beim Verfassungsgerichtshof einen Antrag auf Prüfung eines Landesgesetzes wegen Verfassungswidrigkeit zu stellen. Damit ist Wien das erste Bundesland, das einer parlamentarischen Minderheit die Anfechtung von Landesgesetzen durch den Verfassungsgerichtshof ermöglicht.

Heller wies darauf hin, daß der grundlegende Gedanke zu dieser Regelung bereits vor mehr als zehn Jahren vom damaligen Abgeordneten zum Nationalrat Leopold Gratz angeregt wurde. In der Sitzung des Nationalrates vom 15. Juni 1966 vertrat Gratz die Einführung dieses Minderheitenrechts und setzte sich jetzt als Landeshauptmann besonders dafür ein.

Abg. Prof. Zörner (ÖVP) deponierte, daß die Einführung des nun vorliegenden Minderheitenrechts bereits am 15. September dieses Jahres in einer Sitzung der Wiener Landesregierung von Stadtrat Goller zur Diskussion gestellt worden sei.

Die Novelle der Wiener Stadtverfassung wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen. (ba)

- - -

(Ende des Wiener Landtages)

Kommunal:Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 27.9. (RK) Dem Wiener Gemeinderat, der unter dem Vorsitz von Bürgermeister Leopold Gratz zusammentrat, lagen fünf Anfragen der FPÖ und eine Anfrage der ÖVP vor. Von der ÖVP wurden Anträge betreffend Verlegung des Behinderten-Referats, Einführung eines Erholungsaufenthaltes für Mütter mit schwerbehinderten Kindern, Einführung des Null-Tarifs auf öffentlichen Verkehrsmitteln für Schwerstbehinderte, Bildung einer künstlerisch-wissenschaftlichen Akademie aus den Preisträgern der Stadt Wien, vollständige Information über Subventionsansuchen, organisatorische Unterstützung der "Musikalischen Jugend", Ausstellung des historischen Fundus des Zeughauses, Überprüfung weiterer Unterbringungsmöglichkeiten für Schüler der AHS Donaustadt eingebracht. Von der FPÖ wurde ein Antrag betreffend Finanzierung der anhängigen Ansuchen um Wohnungsverbesserung gestellt. Weiter lagen zwei Anträge von Bezirksvertretungen vor. Ein Währinger Antrag betrifft die Wiederverwertung von Abfallglas, ein Antrag der Brigittenau die Errichtung eines Jugendzentrums. Alle Anträge wurden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen.

Durch die Zurücklegung des Gemeinderatsmandats von AK-Präsident Adolf Czettel wurde auf die freiwerdende Stelle GR. Franz Rosenberger angelobt.

Hierauf erfolgte die Bestimmung der Zahl der Mitglieder der Gemeinderatsausschüsse. Der Vorschlag, die Zahl der Ausschußmitglieder für die nunmehr zehn Verwaltungsgruppen neuerlich mit 14 festzulegen, wurde von ÖVP und SPÖ angenommen. Auf die SPÖ entfallen wie bisher je Ausschuß zehn Mitglieder, auf die ÖVP vier. Die Vorschläge der beiden Parteien über die Besetzung der Gemeinderatsausschüsse wurden ebenfalls von SPÖ und ÖVP angenommen.

Neue Geschäftseinteilung

Die Debatte über die neue Geschäftseinteilung für den Magistrat und die Änderung der Geschäftsordnung leitete Stadtrat Kurt Heller (SPÖ) mit einem ausführlichen Referat über Anlaß und Grund ein. Es ist kein Widerspruch, wenn heute zehn Geschäftsgruppen festgelegt werden, während 1973 acht Geschäftsgruppen beschlossen worden waren.

Schon damals habe er - Heller - ausdrücklich erklärt, daß eine Geschäftseinteilung keinen Ewigkeitwert habe und kein unantastbares Tabu darstelle. Eine Geschäftseinteilung müsse stets flexibel sein und sich den Verwaltungserfordernissen anpassen. Die neue Geschäftseinteilung sei keine Generalreform, sondern die Grundlage für eine Reform. Die neue Geschäftseinteilung dürfe nicht ohne die gleichzeitig beantragte Änderung der Geschäftsordnung betrachtet werden. Es werde mit den vorgesehenen Bediensteten mit Sonderaufgaben ein Führungs- und Leitungsinstrument geschaffen, das eine effektive und straffe und vor allem überschaubare Führung der einzelnen Geschäftsgruppen gewährleisten solle.

Für die Schaffung eines Sicherheitskontrollamtes, wie es vom Bürgermeister angekündigt worden war, seien die Vorarbeiten im Gange, Vorschläge für eine dafür notwendige Verfassungsänderung werden in Kürze vorliegen, sagte Heller.

Bei der neuen Geschäftseinteilung seien folgende Gesichtspunkte berücksichtigt: Zusammenarbeit von Dienststellen, Entflechtung von Zuständigkeiten, Schaffung überschaubarer Verwaltungsbereiche, Vermeidung von Doppelgleisigkeiten, Beachtung bestehender Sachzusammenhänge, Verfahrensvereinfachung, Verfahrensbeschleunigung und Kostenersparnis. Im technischen Bereich erfolge insbesondere in Richtung erhöhter Sicherheit die Trennung von ausführender und überwachender Funktionen.

In der vorliegenden Geschäftseinteilung werden keine neuen Dienststellen geschaffen. Drei Abteilungen werden **aufgelöst**. Die Eingliederung der Stadtbauamtsdirektion in die Magistratsdirektion erfolge auf Grund der Überlegung, daß für bestimmte technische Bereiche neu vorgesehene Bedienstete mit Sonderaufgaben als Projektleiter, Bereichsleiter oder Gruppenleiter tätig werden können.

Im Zuge der Änderungen werden auch die Magistratischen Bezirksämter neue Aufgaben erhalten, unter anderen Agenden des Taxiwesens, Konzessions- und Gewerbeangelegenheiten, die Vollziehung des Forstgesetzes und des Bäderhygienegesetzes in erster Instanz.

Die Änderungen in den neuen Geschäftsgruppen sollen eine straffe und zentrale Aufbereitung der Verwaltungsvorhaben herbeiführen, so daß diese den politischen Organen entscheidungsreif vorgelegt werden können. Dadurch können sich die politischen Organe weit mehr ihrer eigentlichen Entscheidungstätigkeit widmen, ohne mit der Vor- oder Aufbereitung belastet zu sein. Als Bindeglied zwischen Abteilungen und politischen Entscheidungsträgern sollen die Bediensteten mit Sonderaufgaben wirken. Ihre Bestellung erfolgt durch den Bürgermeister auf Antrag des Magistratsdirektors auf bestimmte oder unbestimmte Zeit. Die Wirksamkeit ihrer Tätigkeit erfordert ein Weisungsrecht gegenüber Dienststellenleitern. Die Bediensteten mit Sonderaufgaben unterliegen ihrerseits der Weisung durch den Bürgermeister, den Magistratsdirektor und den Amtsführenden Stadträten. (smo)

#### Debatte über Geschäftseinteilung

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) erklärte, daß die heute zur Beschlußfassung vorliegenden Maßnahmen keine umfassende Reform der Stadtverwaltung darstellen. Das einzige greifbare Ergebnis sei bis auf weiteres die Aufstockung des Stadtsenates auf 14 Mitglieder. Die Struktur der Verwaltung bleibe im wesentlichen unverändert, sie werde nicht besser, sondern lediglich teurer. Das Ziel, ausgewogene Geschäftsgruppen zu bilden, sei nicht erreicht worden. Einerseits gebe es nun relativ kleine Ressorts wie "Personal und Sport" und "Wohnen", andererseits aber auch große und schwer überschaubare Geschäftsgruppen wie "Bauten" und "Verkehr und Energie".

Für die Trennung von Bauausführung und technischer Kontrolle gebe es nicht einmal bescheidene Ansätze. So habe sich der Aufgabenbereich der MA 29 überhaupt nicht geändert. Bau, Erhaltung und Sicherheit liegen nach wie vor in einer Hand.

Die vorgesehene Konstruktion des Sicherheitskontrollamtes sei für die laufende technische Überprüfung nicht geeignet. Aufgabe des künftigen Sicherheitskontrollamtes sollte die Kontrolle der Kontrolloren sein.

Auch die gelungenen Maßnahmen - wie etwa die Zusammenlegung

der MA 55 und der MA 60, die Auflösung der MA 65 und der MA 45 - können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Reformbemühungen in einer Sackgasse gelandet seien.

Dr. Hirnschall kritisierte, daß über die künftige Stellung der Baudirektion im Motivenbericht keine klare Aussage gemacht werde. Seine Fraktion werde dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen. Dagegen werde die FPÖ der Änderung der Geschäftsordnung zustimmen, welche die Möglichkeit schafft, Bedienstete mit Sonderaufgaben und Projektleiter zu bestellen. (ger)

Eine überschaubare Geschäftseinteilung, klare Kompetenzen, eine echte politische Verantwortung und die Transparenz der Verwaltung, zu der auch ein Sicherheitskontrollamt gehört, forderte Stadtrat Dr. Goller (ÖVP). Die Ankündigung von Bürgermeister Gratz, behördliche Tätigkeit und Gestaltung zu trennen, wurde nicht konsequent durchgezogen.

So haben die Magistratsabteilungen 28, 33 und 46 auch weiterhin behördliche und baudurchführende Aufgaben. Die MA 35, die nun in die Kompetenz des neuen Stadtrates Wurzer fällt, gibt zwar Baubescheide heraus, für Bundesbauten aber ist Stadtrat Schieder zuständig. Diese Teilung dient sicherlich nicht der Verwaltungsvereinfachung.

Scharf kritisierte Goller die Abgabe von Aufgaben der Stadtbaudirektion an die Magistratsdirektion. Die Leitung des gesamten Stadtbaudienstes müßte auf jeden Fall an qualifizierter Techniker übernehmen. Die nun getroffene Regelung ist bei dem gegenwärtigen Fortschritt der Technik ein echter Anachronismus. Wien ist nun das einzige Bundesland, das keine eigenständige Baudirektion hat. Wenn in einer Schule der Direktor eine Fehlleistung macht, kann man auch nicht die Schule auflösen und den Direktor als Klassenvorstand weiterverwenden. Das aber passiert nun mit der Baudirektion, die zum Appendix der Magistratsdirektion wird. Der Magistratsdirektor soll offensichtlich als Hitzeschild den Bürgermeister abschirmen, indem man wichtige Agenden aus der politischen Verantwortung herausnimmt und auf Beamtenebene verlegt.

Welche Personen mit welchen Aufgaben als neue Bereichsleiter agieren werden, bleibt auch weiterhin unbestimmt. Jedenfalls hat man erreicht, die Beamtenschaft zu verunsichern. Es ist schier unglaublich welche Namen man in diesem Zusammenhang hört. Für diese Aufgaben braucht man weder Politikommissäre, noch eine Arbeitsplatzsicherung für nicht ausgelastete Personen, die der

politischen Mehrheit im Wiener Rathaus nahestehen.

Goller kritisierte auch die getroffene Regelung für das Bürgerservice und den Konsumentenschutz. Bürgerservice muß sich auf die ganze Verwaltung beziehen und darf nicht nur in die Kompetenz einer einzigen Geschäftsgruppe fallen. Konsumentenschutz kann nicht nur die Frage von verdorbener Wurst sein, sondern muß auch den Schutz bei der Gestaltung der städtischen Tarife beinhalten. (sei)

GR. Pöder (SPÖ) wandte sich gegen die Kritik an der Geschäftsordnung und Geschäftseinteilung. Pöder wies darauf hin, daß sich die Konturen der zehn Verwaltungsgruppen bereits in der Sitzung des Wiener Gemeinderates am 30. August abgezeichnet hätten und daß die Verwaltungsgruppen nicht nach einer arithmetischen Reihe, sondern nach ihrem kommunalpolitischen Gewicht beschlossen worden seien.

Die Geschäftseinteilung sei kein starres Gebilde, sondern ein lebendiger Organismus, der eine permanente Veränderung erfordere. Die Entwicklung von Wissenschaft und Technik, die sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen innerhalb der Wiener Bevölkerung seien ständig im Auge zu behalten und müßten in der Stadtverwaltung zum Ausdruck kommen.

Zu bedauern sei die Polemik der ÖVP, die in einer persönlichen Diskriminierung des Stadtbaudirektors ausarte. Die Stadtbauverwaltung sei nicht aufgelöst worden, wie vielfach behauptet wird, sondern sei lediglich direkt dem Weisungsrecht des Bürgermeisters, beziehungsweise dem des Magistratsdirektors unterstellt worden. Für einen einzelnen Beamten dieser Stadt sei es unzumutbar gewesen, die Verantwortung eines so großen Geschäftsbereiches alleine zu tragen.

Die Aufgaben des künftigen Sicherheitskontrollamtes werde keine Kontrolle der Kontrolle sein, sondern es werde auf eine wirksame rechtliche Basis gestellt, eine direkte und einfache Apparatur zur Koordinierung des gesamten Kontrollsystems darstellen.

Die Aufstockung der Zahl der Geschäftsgruppen von acht auf zehn bringe eine Umverteilung mit sich, von einer Entmachtung einzelner Stadträte könne jedoch keine Rede sein. Die Bedeutsamkeit eines verantwortlichen Mannes dieser Stadt hänge nicht von der Anzahl seiner Abteilungen, sondern deren Inhalt und Gewicht ab.

So habe zum Beispiel der Schöpfer des Personalrechts, Stadtrat Speiser, ehemals auch nur die Magistratsabteilungen 1, 2 und 3 verwaltet. Die Geschäftsordnung sei vor allem in dem Sinn geändert worden, um guten Führungspersönlichkeiten in der Verwaltung die Möglichkeit zu geben, ihre Aufgaben noch besser und effizienter lösen zu können. (ba)

Im Schlußwort wies Stadtrat Heller nochmals darauf hin, daß die Geschäftseinteilung nichts Unveränderliches ist. Sie wird sicher auch wieder geändert werden müssen, sobald die beabsichtigte Änderung der Stadtverfassung vorliegt.

Zur Kritik, daß die Geschäftseinteilung nicht ausgewogen ist, sagte Heller, es wurde versucht, Sachzusammenhänge herzustellen. Es könne nicht darauf ankommen, wo mehr oder weniger Abteilungen zusammengefaßt sind. Eine echte Trennung zwischen Planung und Ausführung ist erfolgt, hingegen ist die Trennung zwischen Ausführung und Sicherheitsprüfung noch nicht genau möglich gewesen weil dies auch eine personelle Frage sei. Sie soll bis Jahresende durchgeführt werden.

Zur Debatte über die Stadtbauamtsdirektion stellte Heller fest, daß diese nunmehr rechtslogisch dort ist, wo sie sein soll. In einer Geschäftsgruppe war sie bisher nicht richtig angesiedelt gewesen. Was schließlich das sogenannte "Abräumen" von Altstadt-räten betrifft: Die VP könne es anscheinend aus der eigenen Praxis heraus nicht verstehen, daß rein sachliche und nicht personelle Gründe dafür maßgeblich waren. Wenn das Sport-Ressort nicht zur Gruppe Kultur, Jugend und Bildung gekommen, sondern beim Personal geblieben ist, so hat das sachliche Gründe: Die Sportförderung soll ja nicht nur die Jugend erfassen, sondern alle Bevölkerungsgruppen - also auch die Erwachsenen.

Bürgermeister Gratz führte dann die Abstimmung getrennt durch: Die neue Geschäftseinteilung wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Der zweite Teil desselben Antrages, den Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx betreffend, wurde einstimmig angenommen.

Die Änderung der Geschäftsordnung wurde mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ angenommen. (smo)

100 Millionen für Straßenbahnbrücke

GR. Busta (ÖVP) referierte den Antrag, den Wiener Stadtwerken für die Errichtung der provisorischen Straßenbahnbrücke über die Donau 100 Millionen im Wege einer Kapitalzufuhr zur Verfügung zu stellen.

GR. Daller (ÖVP) erklärte, daß der Neubau der Reichsbrücke die Chance biete, die U 1 über die neue Brücke und anschließend im Zuge der Wagramer Straße und über die Kagraner Brücke zu führen. Daller stellte fest, daß die Terminankündigungen des Bürgermeisters für die Errichtung der provisorischen Straßenbahnbrücke nicht eingehalten werden.

Die Anträge zur Verbesserung der Verkehrssituation, welche die ÖVP im Gemeinderat am 30. August gestellt hat, seien bisher noch in keinem Ausschuß behandelt worden. Daller nannte in diesem Zusammenhang die Errichtung einer Autobuslinie zwischen den S-Bahn-Stationen Erzherzog Karl-Straße und Strandbäder, die Schaffung eines Parkplatzes auf einem Teil der Liegeriese des Angelibades, die Verlängerung der Autobuslinie 27 A nach Großenzersdorf in den Spitzenzeiten und der S-Bahn bis zur Station Mischstetten-Aspern sowie die Führung der Autobuslinie 35 A zur S-Bahn-Station Traisengasse. Daller regte neuerlich an, die Sonderspur auf der Floridsdorfer Brücke auch für Taxis zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Nekula (SPÖ) stellte fest, daß es durch optimale Ausnutzung der vorhandenen Brücken gelungen sei, ein Verkehrschaos nach dem Einsturz der Reichsbrücke zu verhindern, obwohl in der Spitzenzeit 18.000 Personen und 7.000 PKW pro Stunde über die Reichsbrücke gefahren sind. Durch die Anbringung der "Wiener Schwelle" auf der Floridsdorfer Brücke sei es gelungen, eine spürbare Beschleunigung für die öffentlichen Verkehrsmittel zu erzielen. Im Interesse der Bevölkerung im nördlichen Niederösterreich wurden die Schwellen mit einem Kostenaufwand von 400.000 Schilling so verändert, daß auch eine Sonderspur für Linienautobusse geschaffen wurde. Der gesamte Beschleunigungseffekt würde zunichte gemacht werden, wenn diese Spur auch von Taxis benützt werden dürfte. Die Taxis müßten am Engelsplatz drei Fahrspuren queren, um in diese Spur zu gelangen. Diese Argumente werden auch von der Interessenvertretung der Taxiunternehmer und vom Präsidenten der Wiener Handelskammer anerkannt.

Die Terminverzögerung bei der Errichtung der Straßenbahnbrücke, die keine Notbrücke, sondern ein Langzeitprovisorium sei, entstand durch die Berücksichtigung zusätzlicher Auflagen im Interesse der Sicherheit. So wurden die Pfeiler nicht 10, sondern 13 Meter tief eingebracht. Die Pfeiler wurden mit 95 Tonnen Stahl gegen Unterwaschung geschützt. Auch ein zusätzlicher Dammschutz wurde errichtet. Nekula unterstrich, daß er sich zu diesen Maßnahmen im Interesse der Sicherheit, die unter schwierigsten Bedingungen durchgeführt wurden, und damit auch zu den dadurch eingetretenen Verzögerungen bekenne.

Sobald die Straßenbahnbrücke fertig ist, werde eine wesentliche Verbesserung der Verkehrssituation eintreten, da der 25er dann - im Gegensatz zu früher - ohne Behinderung durch den Individualverkehr über die Donau fahren kann.

Abstimmung: Einstimmig angenommen. (ger)

#### Förderungszuschuß für Musical

Die Gewährung einer Ausfallhaftung an die Wiener Stadthalle für die Aufführung des Musicals "Candide" in der Höhe von maximal 1,2 Millionen, kritisierte GR. Prof. Bittner (ÖVP). Die Einnahmen aus dem Kulturschilling sind vornehmlich für die Altstadtterhaltung vorgesehen. Außerdem kann man sehr unterschiedlicher Meinung darüber sein, ob "Candide" die gestellten Anforderungen, das kulturelle Sommerprogramm in Wien zu erweitern, erfüllt habe.

GR. Wiesinger (SPÖ) als Berichterstatter entgegnete, daß nie eine Erklärung abgegeben wurde, die Einnahmen aus dem Kulturschilling ausschließlich für die Altstadtterhaltung zu verwenden. Der vorliegende Antrag entspricht daher den Zielsetzungen, die mit der Einführung des Kulturschillings aufgestellt wurden.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

#### Kauf und Verkauf von Liegenschaften

Um zwei Grundstücke in der Reindorfstraße 11 im 15. Bezirk an die Wohnbaugenossenschaft "Familie" im Baurecht vergeben zu können, ist ein komplizierter Grundan- und Verkaufsvorgang notwendig, erklärte Stadtrat Neusser (ÖVP). Obwohl die zuständige Magistratsabteilung in einem Gutachten bestenfalls 590.000 S als

Preis für eines der Grundstücke angab, hält man nun 800.000 S für vertretbar. Wenn man weiß, daß die Wohnbaugenossenschaft "Familie" einen Beschluß gefaßt hat, nur Wohnungswerber mit sozialistischem Parteibuch zu berücksichtigen, muß man fragen, für wen diese Wohnbaugenossenschaft gemeinnützig ist. Hier liegt ein Machtmißbrauch der Mehrheit im Rathaus vor, da die Gemeinnützigkeit dieser Genossenschaft offensichtlich nur für Sozialisten gilt und das auch noch durch den vorliegenden Antrag gefördert wird.

GR. Outolny (SPÖ) verwies als Berichterstatter darauf, daß in dem Antrag vier Grundtransaktionen behandelt werden und daß der Gesamtpreis aller vier Transaktionen zu beachten ist. So gesehen sind die erzielten Preise sicherlich vertretbar. (sei)

#### Baurechtsvertrag

Vizebürgermeister Hubert Ffoch (SPÖ) referierte über einen Baurechtsvertrag für die Ekazent über eine Liegenschaft in der Invalidenstraße 2. Auf dem 3.940 Quadratmeter großen Grundstück ist die Errichtung eines Gebäudes vorgesehen, das in den ersten zwei Etagen den Obst- und Viktualienmarkt beherbergen soll. Die nächsten Geschoße werden für Büro- und Geschäftsräume zur Verfügung stehen. Auch eine Tiefgarage soll errichtet werden. Für dieses Projekt ist eine Kostenbeteiligung der Gemeinde Wien von 90 Millionen sowie eine jährliche Mietzinsvorauszahlung von 7,5 Millionen erforderlich.

GR. Krenn (FPÖ) kritisierte, daß ein Grundsatzbeschluß für die Räumung und provisorische Unterbringung des Viktualienmarktes Landstraße bereits im Jahre 1971 dem Gemeinderat vorgelegt worden sei. Außerdem sei die Errichtung eines Polizeiwachzimmers im Zentrum Landstraße immer wieder von seiner Fraktion gefordert worden.

Ein Vertrag, der 90 Millionen Mietvorauszahlungen und eine jährliche Miete von 7,5 Millionen für einen Bau auf gemeindeeigenem Grund beinhalte, erscheine unzumutbar. Die FPÖ werde diesem Antrag daher nicht zustimmen.

GR. Dr. Macher (ÖVP) sprach sich ebenfalls gegen den Vertrag aus, weil die Gemeinde dreieinhalb Mal soviel bezahlt, wie

sie von der Ekazent bekommt. Außerdem beinhaltet der Vertrag eine Indexklausel. Die Gemeinde bezahle überdies wesentlich mehr als 90 Millionen, da bei einer Mietdauer von 90 Jahren, wie sie im Vertrag vorgesehen sei, die Verzinsung 350 Millionen betrage. Der Redner schloß aus diesen Maßnahmen auf einen steuerlichen Vorteil für die Gemeinde. Die Kosten für die Errichtung des Marktes würden aber letztlich von den Marktbesuchern zu bezahlen sein. (ba)

Wenn gefragt wird, wem nützt diese juristisch einwandfreie, aber sicherlich komplizierte Form bei diesen Verträgen, dann lautet die Antwort - dem Konsumenten, erklärte GR. Ing. Hofstetter (SPÖ). Diese komplizierte Lösung wurde deshalb gewählt, weil der Baurechtszins nicht auf die Anteile des Marktes, sondern nur auf die Büroflächen angerechnet wird. Die Miete im Marktberäch wird daher niedrig gehalten werden können. Die Ekazent wird auf alle Fälle die Vorteile, die sie erhält, weitergeben.

Stadtrat Mayr (SPÖ) bedauerte es, daß seine Informationen aus dem Stadtsenat nicht vollständig weitergegeben wurden. Er wiederholte daher: 298 Millionen Gesamtbaukosten, davon 15 Millionen Gemeinkosten für den ganzen Bau. Vom Rest entfallen 145 Millionen auf den Marktberäch und 138 Millionen auf den Büroteil. Die tatsächlichen Kosten für die vermietbare Marktfläche werden daher bei 228 S pro Quadratmeter liegen. Die Vorstellungen der Standler sind so realistisch, daß es zu einer vernünftigen Vereinbarung kommen wird. Diese Lösung wurde getroffen, um den Markt als Preisregulator und Anziehungspunkt zu erhalten.

Im Schlußwort wies Vizebürgermeister Pfoch auf die schwierigen Verhandlungen bis zur Baureife hin. Es wurde ein Weg gegangen, der den Konsumenten, den Standlern und der Stadtplanung gleicherweise Vorteile bringt. Würde man den effektiven Grundpreis verrechnen, könnte niemand mehr dort einkaufen.

Die Abstimmung erfolgte getrennt: Sowohl Baurechtsvertrag als auch Mietvertrag wurden mit den Stimmen der SPÖ angenommen (smo).

### Kraftfahrzeug-Prüfzentrum

Vizebürgermeister Pfösch (SPÖ) referierte den Antrag auf Abschluß eines Benützungsvertrages über Räumlichkeiten in der Schlechtastraße 4 im 3. Bezirk. Die MA 46 habe bisher Fahrzeugprüfungen in völlig unzulänglichen Räumlichkeiten vorgenommen. Der Neubau eines Prüfzentrums wäre außerordentlich teuer gewesen. Die Amtsinspektion habe daher empfohlen, ein Angebot des ARBÖ zu akzeptieren, der in der Schlechtastraße geeignete Räumlichkeiten mitsamt Einrichtungen und Anlagen zur Verfügung stellt. Das Entgelt beträgt 460.000 S im Jahr.

GR. Ing. Kreiner (ÖVP) erklärte, daß seine Fraktion den Antrag aus wirtschaftlichen, mietrechtlichen, kraftfahrrechtlichen und politischen Gründen ablehnen werde. Die Räumlichkeiten seien zu klein und ungünstig gelegen. Die Stadt Wien sei Eigentümerin der Liegenschaft und habe die Räume dem ARBÖ vermietet. Der ARBÖ errichtete eine Prüfstation und gestatte nun die Benützung von Räumen und Inventar. Ing. Kreiner kritisierte, daß der ursprüngliche Mietvertrag mit dem ARBÖ dem Akt nicht beiliege. Die langjährige Bindung an den ARBÖ, die nunmehr eingegangen werde, sei falsch.

Vizebürgermeister Pfösch erklärte in seinem Schlußwort, daß der Neubau eines Prüfzentrums rund 100 Millionen S gekostet hätte. Auch der ÖAMTC habe ein Angebot unterbreitet, das jedoch ungeeignet gewesen sei. Die Stadt Wien sei zwar Eigentümerin der Liegenschaft in der Schlechtastraße, der ARBÖ habe aber jahrzehntelang Investitionen vorgenommen. Der Preis sei durchaus angemessen.

Abstimmung: Angenommen mit den Stimmen der SPÖ.

### Neues Wohnhaus

Vizebürgermeister Pfösch und GR. Erdinger (SPÖ) referierten den Antrag über die Errichtung eines städtischen Wohnhauses im 12. Bezirk, Migazziplatz 6.

GR. Hoffmann (ÖVP) kritisierte, daß die 1971 als Grünfläche gewidmete Liegenschaft 1974 wieder auf Bauland rückgewidmet worden sei. Der Grundeigentümer, ein pensionierter Obersenatsrat, habe die Überprüfung der Grünlandwidmung verlangt. Durch die Umwidmung auf Bauland sei eine Wertsteigerung eingetreten. Das 400 Quadratmeter große Grundstück wurde von der Stadt Wien um eine Million Schilling

erworben. Dies entspricht einem Quadratmeterpreis von 2.200 Schilling.

Vizebürgermeister Pfoch stellte fest, daß unabhängig von der Rückwidmung auf Bauland eine Einlöseverpflichtung der Stadt Wien bestanden hätte, weil das betreffende Grundstück vor 1971 Bauland gewesen war. Die Einlösung hätte nicht weniger gekostet. Die Rückwidmung sei 1974 erfolgt, weil die ursprünglich beabsichtigte Ausweitung des Platzes nicht mehr als günstig erschienen sei.

Abstimmung: Angenommen mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ. (ger)

#### Wohnhausanlage am Marco Polo-Platz

Die Errichtung einer städtischen Wohnhausanlage in Wien 21, Marco Polo-Platz beantragte Vizebürgermeister Pfoch (SPÖ). Diese Anlage könnte mit ihren 1.427 Wohnungen beispielgebend für den kommunalen Wohnbau werden. Sie wird nach Plänen des Architekten Dipl.-Ing. Harry Glück von der Gesiba als Generalunternehmer gebaut. Neben der aufgelockerten Bauweise sind vor allem die vielen Infrastruktureinrichtungen beachtlich. Vorgesehen sind: Eine Arztgemeinschaft, ein sozialer Stützpunkt, eine Kirche mit Pfarramt, ein integrierter Kindergarten, ein freistehender Kindergarten, 29 Kinderspielräume, 42 Hobbyräume, zwei Geschäftslökalen, 24 Fahrrad- und Kinderwagenabstellräume, 18 maschinell eingerichtete Waschküchen, 14 Trafostationen, 8 Umformerstationen, Sonnenterrassen, 8 Schwimmbäder, 8 Saunas und 1.193 PKW-Stellplätze in Tiefgaragen. Die Kosten für dieses Großprojekt werden 1,3 Millionen betragen.

GR. Rautner (SPÖ) appellierte an die Medien, die Öffentlichkeit über dieses bedeutende Projekt zu informieren. Wenn dauernd von einer Filzokratie im Rathaus gesprochen wird, müßte man fairerweise auch über so gewaltige Leistungen sprechen. Die Anlage Marco Polo-Platz hat aber auch eine enorme wirtschaftspolitische Bedeutung. Damit kann die gute Auslastung und Vollbeschäftigung in der Bauwirtschaft fortgesetzt werden. Wenn derzeit 9.500 Wohnungen gebaut werden, 9.800 Wohnungen in Planung sind und tausende Wohnungen modernisiert werden, ist das ein Erfolg der sozialistischen Rathauspolitik.

GR. Hahn (ÖVP) hob hervor, daß sich die äußere Form der Anlage am Marco Polo-Platz wohltuend von anderen Objekten unterscheidet. Er erinnerte an das harte Ringen zwischen der Wohnbau-genossenschaft Gesiba und der Baudirektion über die Zielsetzungen im Wohnbau. Daß die Gesiba nun diesen Bau als Generalunternehmer in Angriff nimmt, ist jedoch nur ein halber Schritt. Die Wiener zeigen ein sehr großes Interesse für das Eigentum im Wohnbau, und die SPÖ hat mit der kürzlich vorgestellten Wohnhausaktion dieses Interesse auch zugegeben. GR. Hahn stellte den Antrag, daß die Wohnungen am Marco Polo-Platz im Eigentum vergeben werden sollten. Nach den derzeitigen Kostenschätzungen würde für eine 91 Quadratmeter Wohnung im Eigentum vom Wohnungswerber ein Betrag von 110.000 Schilling aufgebracht werden müssen. Das ist konkurrenzlos billig.

Vizebürgermeister Pfösch erklärte in seinem Schlußwort, die Triebkraft im kommunalen Wohnbau müsse noch immer das Bestreben sein, jenen Schichten zu helfen, die ohne Hilfe der Stadtverwaltung zu keiner modernen Wohnung kommen würden. Daher muß der Objektförderung nach wie vor Aufmerksamkeit geschenkt werden, um nicht jene, die weniger verdienen, auszuschließen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen.

Der ÖVP-Antrag, die Wohnungen im Eigentum zu vergeben, wurde zur Behandlung zugewiesen. (sei)

#### Subvention für Dramatisches Zentrum Wien

Eine Subvention von 500.000 S für das Dramatische Zentrum Wien beantragte GR. Gertrude Stiehl (SPÖ).

Das Dramatische Zentrum wurde 1972 im Auftrag des damaligen Unterrichtsministers Leopold Gratz gegründet. Sein Ziel ist die grundsätzliche Förderung der Theaterarbeit und die Aktivierung von Menschen, die sich bisher nicht kulturell betätigt haben.

GR. Erika Danzinger (ÖVP) bezeichnete das Dramatische Zentrum als eine Fehlkonstruktion, von der zu geringe Impulse für den gesamtösterreichischen Theaterbetrieb ausgingen. In Frage zu stellen sei ferner die gesamte Subventionspolitik der Wiener Kulturverantwortlichen. Die stark geförderten Häuser der Begegnung seien keine lokalen Kulturzentren. Eine weitere Fehlspekulation sei das teure Künstlerhaus gewesen. Das Ansuchen zur Förderung des Theaterringes mit seiner echt kulturfördernden Tätigkeit sei lange Zeit nicht behandelt worden.

Die Subventionen der Stadt Wien sollten gezielt und sparsam vergeben werden. Die bisherigen Leistungen des dramatischen Zentrums würden eine Förderung in der Höhe einer halben Million nicht rechtfertigen. Im übrigen sei es eine Spezialität der SPÖ, Anträge der ÖVP als ihre eigenen Ideen hinzustellen, wie die Gründung des Akademischen Rates für Wissenschaft und Kunst dies in jüngster Zeit bewiesen habe.

Vizebürgermeisterin Gertrude Fröhlich-Sandner stellte dazu fest, daß die Anregung dazu von Prof. Jandl erfolgt sei. Daß diese Anregung sehr rasch aufgenommen worden sei, daraus sei weder dem Stadtrat noch dem Kulturamt ein Vorwurf zu machen.

GR. Gertrude Stiehl (SPÖ) wies auf die neuen kulturellen Aktionen in den Häusern der Begegnung hin. Es werden alle Subventionsansuchen von kulturell tätigen Gruppen rasch behandelt.

Die Häuser der Begegnung stellen keine Konkurrenz zum Dramatischen Zentrum dar, da dieses sich generell an alle am Theaterleben interessierten Menschen wende.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (ba)

#### Filmförderung

Über die Gründung eines Wiener Filmförderungsfonds mit einer Dotierung von 20 Millionen Schilling referierte GR. Hanke (SPÖ). Namens seiner Fraktion begrüßte GR. Prof. Bittner (ÖVP) die Fondsgründung. Die Institution solle möglichst rasch zu arbeiten beginnen, so daß der für heuer zur Verfügung stehende Betrag von fünf Millionen noch verwendet werden könne. Der Redner regte an, daß in der Geschäftsordnung des Fonds bestimmte Kreditbedingungen festgehalten werden, was GR. Hanke im Schlußwort befürwortete. Der Fonds sollte jährlich über seine Tätigkeit dem Gemeinderatsausschuß für Kultur, Jugend und Bildung berichten.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

#### Revitalisierung des Drascheparkes

GR. Köchl (ÖVP) referierte den Antrag über die Ausgestaltung des Drascheparkes im 23. Bezirk mit einem Gesamtkostenaufwand von drei Millionen.

GR. Dr. Peter Mayr (ÖVP) bezeichnete die Vorgeschichte des vorliegenden Antrages als ein Beispiel dafür, wie lange die Bemühungen einer Bezirksvertretung unbeachtet bleiben können. Seit sechs Jahren bemühe sich die ÖVP im Bezirk um die Revitalisierung des Parkes, der durch den Autobahnbau stark in Mitleidenschaft gezogen worden war. Zweimal seien entsprechende Anträge von der SPÖ-Mehrheit abgelehnt worden.

GR. Haberl (SPÖ) entgegnete, daß Bezirksvorsteher Lackner schon 1971 ein Revitalisierungskonzept verlangt habe. Ende 1973 haben die Reinigungsarbeiten begonnen, 1975 begann die MA 42 mit der Durchforstung des Parks. Als die ÖVP 1975 einen Antrag auf Ausgestaltung des Parks gestellt hat, habe die MA 42 bereits gearbeitet. Auf dem großen Areal werden nunmehr unter anderem Liege- und Spielwiesen sowie Radfahrwege geschaffen.

Abstimmung: Einstimmig angenommen. (ger)

#### Subventionen

Gegen eine Subvention an die Österreichische Widerstandsbewegung und an das Institut und Technologische Zentrum für Ingenieure und Techniker in Israel wandte sich GR. Dr. Hirnschall (FPÖ). Die Österreichische Widerstandsbewegung widmet sich nach Hirnschall innenpolitischen Aktivitäten, die sich hauptsächlich gegen seine Fraktion richten. Im zweiten Fall wäre es günstig gewesen, die Hälfte des Betrages in ein arabisches oder palästinensisches Schulzentrum fließen zu lassen.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. (sei)

#### Schnell-Straßenbahnlinie 64

GR. Busta (SPÖ) beantragte, zum Bau der Straßenbahnlinie 64 den Verkehrsbetrieben eine Kapitalzufuhr von 300 Millionen Schilling zu geben. Für 1976 sollen 20 Millionen Schilling flüssig gemacht werden. Die neue Straßenbahnlinie soll die Bewohner an der Ausbauachse Süd mit mehr als 5.000 Wohnungen am Schöpfwerk, in Alt Erlaa und am Wiener Flur rasch an die inneren Stadtteile anbinden. GR. Kopfensteiner (SPÖ) wies darauf hin, daß die Erschließung der Wohngebiete im Süden Wiens im Endausbau der U-Bahn mit der Linie U 6 vorgesehen ist. Dieses Projekt wird aber in absehbarer Zeit sicher nicht verwirklicht werden können. Bis dahin wird die Straßenbahnlinie 64 als Schnelllinie auf eigenem Gleiskörper diese Aufgabe erfüllen.

Abstimmung: Einstimmig angenommen. (smo)

### Scalagründe

Die Baubewilligung für die Errichtung eines Wohnhauses auf den ehemaligen Scalagründen, Favoritenstraße 8, beantragte GR. Sevcik (SPÖ). STR. Neusser (ÖVP) erklärte, daß bei der Bauverhandlung auf den Plänen die Widmung "ÖZ-öffentliche Zwecke" gewesen war, die der beabsichtigten Verbauung nicht entspricht. Der Einspruch der Bezirksvertretung sei auf Weisung des zuständigen amtsführenden Stadtrates nicht berücksichtigt worden. Im übrigen sei bezüglich einer Garagenausfahrt, gegen die Anrainer Einwände haben, eine unrichtige Adresse im Akt vermerkt. Neusser brachte den Antrag ein, den Akt wegen falscher und irreführender Angaben an den zuständigen Gemeinderatsausschuß zurückzuverweisen.

Gemäß § 7 Stadtverfassung meldete sich Bezirksvorsteherin Hertha Haider (ÖVP) zu Wort und berichtete, daß auf Grund einer Befragung 8.400 Wiedner auf den Scala-Gründen einen Park wünschten. Die Stadtverwaltung setzte sich darüber hinweg und habe auch Einsprüchen und Anregungen der Bezirksvertretung nicht entsprochen. Von einer Randverbauung mit öffentlicher Grünfläche könne keine Rede sein. Es werde lediglich in der Höhe des 1. Stockwerkes eine Grünterrasse geben.

GR. Windhab (SPÖ) entgegnete, daß es an dieser Stelle nie einen Park gegeben habe. Die zugeschüttete Baugrube sei vorübergehend begrünt worden. Die 8.400 Wiedner, die für einen Park eintreten, seien nur ein Viertel der Wahlberechtigten. Er wiederhole aber einen Vorschlag von Bezirksvorsteher-Stellvertreter Hummel: Es gäbe im Bezirk 130.000 Quadratmeter Grünflächen und Parkanlagen in privatem Besitz. Die ÖVP solle sich gemeinsam mit der SPÖ dafür einsetzen, daß diese Anlagen öffentlich zugänglich gemacht werden.

Im Schlußwort wies GR. Sevcik darauf hin, daß die Widmung "ÖZ" nie vom Gemeinderat beschlossen worden sei und daher keine Rechtskraft habe. Bei der Garageneinfahrt habe sich ein Druckfehler eingeschlichen. Ein Vorschlag der ÖVP, die Stadt Wien möge ein Grundstück in der Floragasse als Ersatz für die Scalagründe erwerben, sei nicht annehmbar. Es wird ein Quadratmeterpreis von 15.000 S verlangt, das ist doppelt so viel wie der ortsübliche Verkehrswert.

Der Antrag auf Zurückverweisung des Geschäftsstückes wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt.

Abstimmung über die Baubewilligung: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

#### Grundstückkauf in Hietzing

Den Antrag zum Kauf eines 2.969 Quadratmeter großen Grundstückes im 13. Bezirk, Speisinger Straße 3, zum Preis von 3,6 Millionen stellte GR. Outolny (SPÖ).

Debattenredner GR.Dr. Habl (ÖVP) wies darauf hin, daß das Ziel der Grundstückstransaktion möglicherweise die Durchführung des Straßenbaus, nämlich der umstrittenen B 222 sei. Bürgermeister Gratz habe zwar zugesichert, daß dieser Plan zunächst fallen gelassen werde, eine eindeutige Distanzierung vom Bau sei jedoch nicht erfolgt. Die ÖVP werde gegen diesen Antrag stimmen, da sie erstens gegen den Straßenausbau, und zweitens gegen überflüssige Grundstücksankäufe sei.

GR. Rosenberger (SPÖ) erinnerte daran, daß das Projekt der Bundesstraße 222 ursprünglich eine Idee der ÖVP gewesen sei, und als solche unter Bautenminister Kotzina in das Bundesstraßenkonzept der ÖVP aufgenommen worden war. Bürgermeister Leopold Gratz habe ganz klar zum Ausdruck gebracht, daß durch den Bau der Verbindung von Westautobahn zur Südbahn die Bundesstraße 222 nicht aktuell sei. Der Versuch der ÖVP, eine diesbezügliche Kampagne in Hietzing zu entfachen, sei mißglückt, bezeichnend sei aber, daß die ÖVP alte Geister immer wieder aufleben lassen wolle.

GR. Dr. Habl (ÖVP) ging in seiner nochmaligen Wortmeldung näher auf die Bezahlungsmodalitäten für das Grundstück ein. Vorausbezahlt werde ein Barbetrag von 200.000 S, der Rest wird durch eine Leibrente von 28.912 S, die wertgesichert auf die Gattin des bereits verstorbenen Grundstückbesitzers überging, bezahlt.

GR. Mayrhofer (SPÖ) nahm zur Wohnbaupolitik der ÖVP Stellung. Die ÖVP habe allein im 13. Bezirk gegen 5 Wohnbauprojekte der Gemeinde Wien gestimmt.

Der niedrige Grundpreis von 1.712 S pro Quadratmeter stelle ein derart günstiges Angebot dar, daß die Gemeinde Wien jedenfalls die Gelegenheit ergreifen sollte, dieses Grundstück in ihren Besitz zu bringen, stellte GR. Outolny (SPÖ) abschließend fest.

Grundstücksverkäufe in St. Marx

GR. Lustig (SPÖ) referierte die Anträge über den Verkauf von drei Grundstücken im Bereich von St. Marx an die WIBAG, an die Konsumgenossenschaft und an die Gewista. Lustig bezeichnete die Anträge als einen wichtigen Schritt auf dem Sektor der Betriebsansiedlungen.

GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) kündigte an, daß seine Fraktion gegen den Verkauf des Grundstückes des Auslandsschlachthofes an die Firma Schöps stimmen werde. Den beiden anderen Anträgen werde die FPÖ ihre Zustimmung erteilen.

Dkfm. Bauer kritisierte, daß die WIBAG mit der Firma Schöps einen Vertrag unter Umgehung des Gemeinderates geschlossen habe. Bindende Entscheidungen habe ausschließlich der demokratisch gewählte Gemeinderat zu treffen. Bis heute sei der Inhalt jenes Vertrages dem Gemeinderat nicht bekannt, im Akt sei er nicht erwähnt. Die Ansiedlung eines Textilzentrums in St. Marx sei problematisch. Die Mehrzahl der Händler im bestehenden Textilviertel in der Inneren Stadt sei dagegen. Sie fürchten - wie er glaube mit Recht - ein Mammutunternehmen, das mit Importen aus Billiglohnländern den Markt überschwemme und damit auch heimische Arbeitsplätze gefährde.

Der vorliegende Antrag stehe auch mit der Arena-Bewegung in Zusammenhang. Es sei kein Zufall, daß diese Bewegung im Sommer entstanden sei, zu einem Zeitpunkt, da das offizielle kulturelle Wien "zusperre". Die Bewegung sei ein Beweis dafür, daß es der Stadtverwaltung nicht gelungen sei, von sich aus das kulturelle Engagement zu wecken, daß der offizielle Kulturbetrieb zu steril, zu verwaltet, zu einseitig sei. Die Arena-Bewegung sei in Protest gegen die offizielle Kulturpolitik der Stadt Wien. Man sollte der Arena als interessantem Experiment eines weitgehend selbstverwalteten Kulturzentrums eine Chance geben. Allerdings seien seitens der Arena-Bewegung mehrere Voraussetzungen zu erfüllen: eine einwandfreie rechtliche Basis; die Gewähr, daß Gesetze und sanitäre Vorschriften eingehalten werden; die tatsächliche Entfaltung kultureller Aktivitäten; keine nennenswerten Subventionen; ein klarer Trennungsstrich gegenüber kriminellen Elementen.

GR. Dr. Peter Mayr (ÖVP) bekannte sich grundsätzlich zu Betriebsansiedlungen. Im vorliegenden Fall handle es sich jedoch um konzeptlose und verfassungswidrige Ansiedlungen. Die Entscheidungen sei in Wahrheit längst außerhalb des Gemeinderates gefallen. So habe zum

Beispiel der Konsum schon eine Grundsteinlegung auf einem Areal vorgenommen, das ihm noch gar nicht gehört habe. Dr. Mayr kritisierte die Ansiedlung einer Fleisch- und Wurstfabrik in der Nähe eines Pensionistenheimes. Die Bewohner des Heimes werden unter Geruchs- und Lärmbelästigungen zu leiden haben.

Im geplanten Textilhandelszentrum sollen auf einer Fläche von 70.000 Quadratmeter 250 Firmen mit 1.500 bis 2.000 Beschäftigten und einem Umsatz von 3,5 Milliarden Schilling angesiedelt werden. Im "gewachsenen" Textilviertel im 1. Bezirk gebe es derzeit 300 Firmen mit 3.000 Beschäftigten und einem Umsatz von 3 Milliarden Schilling. Das neue Textilhandelszentrum werde daher entweder eine Fehlgeburt sein oder eine ernsthafte Aushöhlung des bestehenden Textilviertels bedeuten. Die Revitalisierung des Textilviertels im 1. Bezirk sei äußerst fraglich. Im wesentlichen würden vor allem ebenerdige Räume sowie Räume im ersten Stock frei werden, die für moderne Wohnungen nicht sehr geeignet seien. Durch die Errichtung des Textilhandelszentrums werde eine Monopolsituation geschaffen.

Dr. Mayr erklärte, daß er die Besetzung des Arena-Geländes zwar nicht billige, die Lösung des ernsthaften Anliegens einiger kulturèll echt ambitionierten durch den Verkauf des Gebietes lehne er aber ab. (ger)

Man müsse beim Areal in St. Marx das Gebiet nördlich und südlich der Autobahn trennen, erklärte GR. Sallaberger (SPÖ). Nördlich wurde bereits von den ÖVP-Stadträten Dr. Prutscher und Pelzelmayr der moderne Schlachthof situiert, und dort wird versucht, fleischverarbeitende Betriebe und Betriebe der Nahrungsmittelindustrie anzusiedeln. Dort stehen auch jetzt noch 40.000 Quadratmeter zur Verfügung, die jederzeit von der Wirtschaft genutzt werden können. Die Konsumgenossenschaft Wien wird für 300 Beschäftigte einen neuen Betrieb errichten. Dieser Betrieb wird für die umliegende Wohnbevölkerung keine Geruchsbelästigung erzeugen und wird den innerbetrieblichen Verkehr durch die direkte Zubringung vom Schlachthof St. Marx auf ein Minimum herabsetzen. Für das Pensionistenheim wird sich sogar durch die Verbauung eine Verbesserung ergeben. Die Bauten werden quasi als Schutzschild den Lärmpegel senken. Für das Gebiet südlich der Autobahn hat ein dort bereits angesiedelter Fleischerbetrieb seine Wünsche für eine Betriebsverlagerung angemeldet. Dieser Betrieb gibt an, daß die dortige Situierung für einen Fleischerbetrieb nicht geeignet ist.

Für ein Modegroßhandelszentrum sind die Standortvoraussetzungen gut. Es gibt eine direkte Anbindung an die Autobahn und an die Eisenbahn. Die Gemeinde Wien kann nicht eine reine Privatinitiative wie es das Modegroßhandelszentrum ist, verbieten. "Wollen Sie das" so GR. Sallaberger an die ÖVP-Fraktion - verbieten und wollen sie ein etwaiges Auswandern in das benachbarte Niederösterreich erreichen?" Das Modegroßhandelszentrum wird im Endausbau 300 Einzelunternehmungen umfassen. Es wird ein Zentrum sein, wie es bereits heute eines im Raume München gibt oder in Zürich derzeit gebaut wird. Es entspricht neuen Wirtschaftsformen im Großhandel. Dem derzeitigen Textilviertel am Salzgries fehlen 6.000 Parkplätze, es hat eine schlechte Bau- substanz und es war ursprünglich als Wohnviertel gedacht. Es ist nur sinnvoll, mit dem neuen Modegroßhandelszentrum den neuen Einkaufsgewohnheiten der Einzelhändler Rechnung zu tragen. Im Salzgries sollte man zwischen Großhändler und sogenannten Großhändlern, die eigentlich Detaillisten sind unterscheiden. Die Großhändler sind mit der derzeitigen Situation nicht zufrieden. Man solle sich auch fragen, warum so viele österreichische Unternehmer derzeit nach München ausweichen. Es ist nicht ganz verständlich, warum die Textilindustrie durch ein neues Handelszentrum gefährdet werden könnte. Gerade Vertreter der Textilindustrie klagen darüber, daß sie ins Ausland gehen müssen, um auf den österreichischen Markt zu kommen.

#### Räumung der Galerie

Während des Debattenbeitrages von GR. Sallaberger kam es zu wiederholten Zwischenrufen von Besuchern der Galerie. Der Vorsitzende erinnerte zweimal, daß Zwischenrufe von der Galerie nicht gestattet sind und bat, diese einzustellen, da ansonsten die Galerie geräumt werden müßte. Als ein Besucher "es geht um Menschenleben" und dann nur mehr "Mörder, Mörder, Mörder" schrie, ließ Bürgermeister Gratz die Besuchergalerie räumen. (sei)

Nachdem die Ordner die Besucher von der Zuhörergalerie gewiesen hatten, nahm Bürgermeister Gratz die Sitzung wieder auf. Als nächste Rednerin kam Vizebürgermeisterin Gertrude Fröhlich-Sandner zu Wort. Sie berichtete, daß die Vorgänge und Ereignisse in und um die Arena einen interessanten Lernprozeß eingeleitet haben.

Die Arena, 1970 im Rahmen der Wiener Festwochen als bewußtes Kontrastprogramm gestartet, wurde ein voller Erfolg und hatte vor allem viele jener begeistert, die sonst Konzertsäle und Theater nicht besuchten. Die Arena wurde ein fester Begriff, übersiedelte zunächst 1973 in den 1. Bezirk und 1975 nach St. Marx. Nach den Festwochen 1976 kam es zur Besetzung und es folgten Wochen spontaner kultureller Aktion mit vielfältigster Entwicklung von Kreativität und Sozialkontakten. Fröhlich-Sandner betonte, daß sie es als ihre Aufgabe ansah, diesen Arenagedanken in einen Zustand überzuführen, der den Gesetzen unserer demokratischen Ordnung entspricht. Es war weder Auf-die-lange-Bank-schieben noch Unschlüssigkeit. Es fehlte auch nicht an Versuchen, Alternativen anzubieten. Das Neugebäude wurde angeboten, eine Fabrik in Meidling und schließlich der Inlandsschlachthof im Ausmaß von 45.000 Quadratmeter. Dieses Gelände kann adaptiert werden. Es könnte in Selbstverantwortung und Selbstverwaltung eines der größten und vielleicht das interessanteste Jugend- und Kommunikationszentrum Europas werden. Der Arenagedanke soll nicht geopfert werden, es gibt ein faires Angebot zur Zusammenarbeit mit allen guten Willens, aber ein tiefes Mißtrauen allen jenen gegenüber, die das Arena-Interesse zum Herabsetzen der Leistungen der Gemeinde Wien benützen wollen.

GR. Dr. Mayr (ÖVP) meldete sich nochmals zu Wort, um auf Ausführungen von GR. Sallaberger einzugehen. Grundstücksverkäufe werden sicher nicht so getätigt, wie man Semmeln verkauft. Die rechtlichen Usancen wurden von der MA 69 wohl eingehalten. Es gab aber im Fernsehen Erklärungen, in denen eindeutig davon gesprochen wurde, daß der Verkauf bereits erfolgt und die Liegenschaft nicht mehr im Besitz der Stadt Wien sei. Der Standort des heutigen Schlachtzentrums ist richtig, es ist auch zweckmäßig, Betriebe der Lebensmittelbranche anzusiedeln. Die Wurstfabrik ist aber deshalb nicht gut situiert, weil sie zu wenig gegen das Pensionistenheim abgeschirmt ist. Schließlich gibt es Branchenkonzentrationen, die problematisch sind. Wenn ein neues Textilzentrum in St. Marx entsteht, was geschieht dann mit dem Textilviertel in der Inneren Stadt, das ein gut funktionierendes System darstellt. Das Parkplatzproblem wäre doch sicher zu lösen. (smo)

Die Aktivitäten der Arena hätten ein kräftiger Impuls für die kulturelle Szene Wiens sein können, meinte GR. Prochaska (ÖVP). Der Gedanke eines selbstverwalteten Kulturzentrums sei keineswegs

so neu und erschütternd, wie dies heute in den Medien dargestellt werde. Erst durch die Lauheit der Verwaltung sei es den Initiatoren gelungen, Personengruppen anzusprechen, die mit der ursprünglichen kulturellen Zielsetzung nichts mehr gemeinsam haben. Wenn die Arena heute von Kriminellen und Schlägertypen besetzt werde, sei dies zu einem guten Teil auf die Hinhaltenaktik der Gemeinde zurückzuführen. Man habe in der SPÖ allgemein auf den Einbruch der kalten Witterung gehofft, der diesem "Schabernack" problemlos ein Ende bereiten sollte. Dem abgesägten Intendanten Baumgartner habe man überdies die Weiterführung der Arena versprochen.

Der Fall Arena stelle eine weitere verpaßte Chance, den Kulturbetrieb der Stadt zu bereichern, dar. Prochaska gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß eine weitere Kontaktaufnahme zu den Arenaleuten bestehen bleibe. Wenn es gelingen sollte, eine rechtliche Basis für die Selbstverwaltung der Arena zu schaffen, dann dürfe die Standortfrage kein unüberwindliches Hindernis mehr darstellen. (ba)

GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) widersprach in einer zweiten Wortmeldung den Erklärungen von Stadtrat Mayr und GR. Sallaberger, es gebe keinen Vertrag zwischen WIBAG und der Firma Schöps über den Verkauf des Areals des Auslandschlachthofes St. Marx. In einem Aktenvermerk vom 2. Februar 1976 sei die Rede von einer "endgültigen Entscheidung", daß das betreffende Gelände verkauft werden soll. Die "Arbeiter-Zeitung" habe von einem "rechtsgültigen Vertrag" geschrieben und ein Vertreter der Firma Schöps habe erklärt, daß seine Firma das Gelände bereits gekauft habe.

GR. Hanke (SPÖ) stellte fest, daß Vizebürgermeisterin Gertrude Fröhlich-Sandner stundenlang bereit gewesen sei, mit den ständig wechselnden Gesprächspartnern der Arena-Bewegung zu verhandeln. Wer eine Aufgabe übernimmt, müsse auch bereit sein, Verantwortung zu übernehmen. Dazu seien die Vertreter der Arena-Bewegung aber nicht bereit gewesen. Die Stadtverwaltung habe bewiesen, daß sie das kulturelle Engagement der Arena-Bewegung ernst nehme.

27. September 1976

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2199

Sie habe dies nicht durch Lippenbekenntnisse, sondern durch das Angebot mehrerer echter Alternativen bewiesen. Die Vertreter der Arena-Bewegung seien jedoch auf einen Konflikt aus gewesen. Auch heute sei wieder ein Beispiel einer Provokation geboten worden.

GR. Lustig (SPÖ) stellte in seinem Schlußwort fest, in dem von GR. Dkfm. Bauer zitierten Aktenvermerk sei nur davon die Rede, daß das in Frage stehende Areal verkauft werden soll und daß deshalb nun der Antrag an den Gemeinderat gestellt werden könne.

Abstimmung: Der Verkauf des Areals des Auslandsschlachthofes wurde mit den Stimmen der SPÖ, die beiden übrigen Anträge wurden mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ angenommen. (ger)

(Ende des Sitzungsberichtes)

L o k a l :

=====

## 85.000 besucher beim ottakringer kirtag

7 wien, 27.9. (rk) zum ottakringer kirtag, der am vergangenen wochenende (freitag, samstag, sonntag) erstmals nach jahrzehntelanger pause wieder stattfand, kamen nach schaeztung der polizei rund 85.000 besucher. bis in die dreissiger jahre wurde dieses beliebte, von der alten ottakringer weinbauerngemeinde uebernommene volksfest durchgefuehrt. dann war pause. nun wollte man schon seit einigen jahren den kirtag reaktivieren. doch es konnte kein geeigneter platz dafuer gefunden werden.

auf initiative von bezirksvorsteher josef s r p wurde der kirtag heuer auf dem platz im alten ort (ottakringer strasse 200) zu neuem leben erweckt. das volksfest wurde auf anhieb zum vollen erfolg. der freie wirtschaftsverband hatte es uebernommen, mit den ottakringer geschaeftsleuten zu sprechen, die in ihrer mehrheit - an der spitze die vertreter der bekannten heurigenlokale - sofort bereit waren, mitzumachen.

bezirksvorsteher srp wies darauf hin, dass der kirtag ausgezeichnete moeglichkeiten der kommunikation geboten hat. er will nun eine umfrage unter der bevoelkerung starten, was man bei diesem ottakringer volksfest noch besser machen koennte, denn eines steht schon heute fest: der kirtag wird auch im naechsten jahr stattfinden. (am)

k o m m u n a l :

=====

presseggesprach des buergermeisters

16 wien, 27.9. (rk) das naechste presseggesprach von buergermeister leopold g r a t z findet, wie vereinbart, mittwoch um 11uhr in den repraesentationsraeumen des buergermeisters (praesidentialstiege, halbstock) statt. themen sind unter anderem die friaulaktion, das siedlungsprogramm und die neue geschaeftseinteilung des magistrats. (st1)

1535